

Quelle: <http://www.main-echo.de/regional/franken-bayern/art4005,4057749> – Stand vom 13.04.2016

Abgas-Skandal: Jurist aus der Region verklagt VW

Main-Echo-Gespräch

Randersacker Montag, 11.04.2016 - 21:11 Uhr

Ein Rechtsanwalt aus Mainfranken könnte zum Retter von vielen durch den aktuellen Abgas-Skandal verärgerten Volkswagen-Kunden werden. Alexander Lang von der Kanzlei Steinbock & Partner aus Randersacker (Kreis Würzburg) vertritt Mandanten, die gegen den Konzern klagen.

Herr Lang, wie viele Mandanten vertreten Sie aktuell?

Im Moment sind es über 60 Betroffene, ich rechne aber mit noch mehr Betroffenen. Die betroffenen Fahrzeuge werden mit fünf bis acht Millionen beziffert. Da könnten sich also noch einige Fahrzeughalter besinnen, auch gegen VW zu klagen.

Wie lautet die Klage?

Die Betroffenen haben unterschiedliche Interessenlagen. Es gibt Betroffene, die sich das Auto aufgrund der Emissionswerte und des guten Rufs von VW oder Audi ausgesucht haben und das Fahrzeug nun zurück geben wollen. Anderen geht es darum, dass sie eine etwaige Wertminderung bei Wiederverkauf oder einen erhöhten Spritverbrauch nach der Nachbesserung ersetzt bekommen.

Sind die Mandanten auf Sie zugekommen?

Nach dem VW-Skandal haben uns viele Betroffene kontaktiert und Fragen gestellt, wir haben dann das Thema rechtlich aufbereitet. Im Januar haben wir dann vier Vorträge gehalten in der Region. Die hatten wir in Tageszeitungen und auf Plakaten angekündigt. Zu den Vorträgen kamen vor allem Autokäufer, aber auch Geschädigte, die VW Aktien haben, waren dabei.

Und wie läuft das ab?

Wir klären ab, ob die Kosten des Verfahrens die Rechtsschutzversicherung übernimmt, dann reichen wir die Klage ein. Die ersten beiden Klagen wurden am Dienstag vergangener Woche eingereicht. Je nachdem wie sich das Landgericht Würzburg positioniert, werden wir dann die nicht rechtsschutzversicherten Mandanten nachschieben.

Wie hat denn der VW-Konzern auf die Klagen reagiert?

Wir haben das Unternehmen und teilweise auch die betroffenen Händler angeschrieben. Diese lehnen dann alle Ansprüche mit einem Standardschreiben ab. Wir haben da deutlich das Gefühl, dass man gar nicht wirklich mit dem Unternehmen über die Folgen des Abgas-Skandals kommunizieren kann.

Aber da hier Fristen laufen, ist es vor allem wichtig, dass die Betroffenen jetzt ihre Rechte sichern lassen. Wir gehen davon aus, dass VW freiwillig in Deutschland nur die Minimallösung durchführt und die Betroffenen auf den sonstigen Schäden sitzen bleiben.

Was müsste denn passieren, damit das nicht so einfach durchgeht?

In den USA bekommen sie massiv Druck, in Deutschland machen sie hingegen nur das, was sie müssen. Auf dem Imageschaden und dem Wertverlust bleiben die Kunden hierzulande sitzen. Dabei könnte das Kraftfahrtbundesamt durchaus Druck ausüben auf die Firma. Auch von Seiten der

Regierung müsste da mehr kommen. Aber so laufen alle Gefahr, dass der Konzern die Sache mit möglichst geringem finanziellen Aufwand aussitzt - während in den USA die Leute Entschädigung bekommen. Das ist vor allem eine moralische Frage - und eine des Geldes. Denn wenn jeder betroffene Fahrzeughalter hierzulande auch mit rund 1000 Euro für Wertverlust entschädigt würde, würde das eine Summe von fünf Milliarden Euro für VW bedeuten.

In Bochum gab es jetzt einen Zivilprozess. Da hatte ein Universitätsprofessor ein VW-Autohaus verklagt und pochte auf Rückabwicklung seines Kaufvertrags. Das Landgericht hat dem Autohaus Recht gegeben, das muss den Kläger also nicht entschädigen. Wie sehen Sie die Chancen für Ihre Klagen?

Es ist offen, ob das Erfolg haben wird. Es gibt nur sehr wenige Urteile bisher dazu. Wenn sich etwa die Leistungs- und Verbrauchsdaten durch notwendige Umrüstungen erheblich verschlechtern, könnte unsere Klage erfolgreich sein. Der wissenschaftliche Dienst des Bundestages hat zudem ein Gutachten zu den Rechtsfragen in Auftrag gegeben. Es kommt zum Ergebnis, dass Ansprüche aus Sachmängelhaftung unproblematisch bestehen und auch die Ansprüche aus vorsätzlicher sittenwidriger Schädigung vorliegen.

Sehen Sie sich da in der Position eines Robin Hood?

Nein, so weit würde ich nicht gehen. Aber es muss doch jemand den Betroffenen helfen. Und wir sind weit und breit in Unterfranken die einzigen.

Bettina Kneller

Stichwort: Kunden gegen VW = David gegen Goliath?

Volkswagen hat sich gegen die drohenden Klagen bereits gerüstet - und es könnte ein Kampf von David auf der Kundenseite gegen Goliath auf der Konzernseite werden: Der Autobauer beauftragte die US-Anwaltskanzlei Kirkland & Ellis LLP, sie rechtlich zu vertreten. Die Kanzlei hatte 2010 bereits den britischen Ölkonzern BP nach der Explosion der Ölplattform Deepwater Horizon vertreten. Damals waren elf Menschen ums Leben gekommen. BP musste Schadens- und Strafzahlungen in Milliardenhöhe leisten. In der traditionsreichen Chicagoer Kanzlei arbeiten weltweit in neun Niederlassungen über 1600 Anwälte. (Bettina Kneller)